

Bundespräsidentenwahl

25. April 2004



Dr. Benita FERRERO-WALDNER

Geboren am 5. September 1948 als Tochter von Bruno und Emmy Waldner. 1966 Matura am Realgymnasium in der Josef-Preis-Allee in Salzburg. 1966 bis 1970 Jusstudium in Salzburg

Ab 1984 im auswärtigen Dienst: Madrid, Dakar, Paris, Stellvertretende Protokollchefin im Außenministerium. 1994 Erste Protokollchefin der Vereinten Nationen unter Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali. Ab 4. Mai 1995 erste

Staatssekretärin für auswärtige Angelegenheiten der Regierungen Vranitzky und Klima. Ab Februar 2000 erste Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich.

Benita Ferrero-Waldner heiratete 1974 in erster Ehe Wolfgang Sterr. Diese Ehe wurde 1983 geschieden. Sie heiratete 1993 in zweiter Ehe Francisco Ferrero-Campos. 2003 erfolgte nach der Annullierung der ersten Ehe die kirchliche Trauung in Salzburg.



Dr. Heinz FISCHER

Heinz Fischer wurde am 9. Oktober 1938 in Graz geboren. Er besuchte das Humanistische Gymnasium in der Fichtnergasse in Wien, wo er 1956 maturierte.

1961 promovierte er an der Universität Wien zum Doktor der Rechtswissenschaften, absolvierte daraufhin sein Gerichtsjahr und wurde Mitarbeiter des II. Nationalratspräsidenten.

Der Vater von zwei Kindern (Philip und Lisa) ist seit 1968 glücklich mit seiner Frau Margit verheiratet.

1971 wurde er Nationalratsabgeordneter, 1975 Klubobmann der SPÖ. Von 1983 bis 1987 war er Wissenschaftsminister und danach wieder Klubobmann, bis er 1990 als I. Präsident des Nationalrats gewählt wurde. Diese Funktion übte er bis zum Dezember 2002 aus. Seither ist er II. Präsident des Nationalrats.

Der Wahlkampf ist in Schwung gekommen, vergessen sind die „gewissen Diskussionen“, nun soll mit Argumenten, Positionen und viel Eigenwerbung der Wähler mobilisiert werden. Benita Ferrero-Waldner und Heinz Fischer, angetreten für den Sitz in der Hofburg, mussten sich auch unseren Fragen stellen.

TU INFO: Allgemeine Sicht der derzeitigen Situation an den heimischen Universitäten:

Dr. Ferrero-Waldner:

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Zukunftskriterien für den Standort Österreich. Internationale Studien stellen dem österreichischen Bildungssystem ein sehr gutes Zeugnis aus. Darauf können wir stolz sein. Die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen inklusive Fachhochschulen ist seit 2000 pro Jahr um 2.000 auf 21.000 gestiegen. Investitionen wurden um beinahe 10 % gesteigert. Für das Programm „Uni-Infrastruktur II“ stehen insgesamt 18 Millionen Euro zur Verfügung!

Österreich ist zu einem der attraktivsten Forschungsstandorte der Welt geworden, in den erfolgreiche und international anerkannte Persönlichkeiten der Forschung zurückkehren. In diesem Zusammenhang sind z.B. Baxter, Infineon und der Campus Vienna Bio Center zu nennen oder auch Professor Josef Penninger, der das neu gegründete ÖAW-Institut für Molekulare Biotechnologie in Wien aufbaut. Vor kurzem wurde er zum „Wissenschaftler des Jahres 2003“ gekürt. Österreich setzt also deutliche Signale. Das darf uns alle aber nicht dazu verführen, zufrieden die Hände in den Schoß zu legen.

TU INFO: Allgemeine Sicht der derzeitigen Situation an den heimischen Universitäten:

Dr. Fischer:

Prinzipiell sind Bildungsfragen wie Gesundheitsfragen, Sozialfragen oder Justizfragen zentrale Verantwortungsbereiche des Staates. Ich glaube daher nicht, dass man schlechthin, so wie oftmals diskutiert, eine „Autonomie des Bildungswesens gegenüber dem Staat“ fordern darf. Denn der Staat kann, ja muss zu seinem eigenen Interesse für die Zukunft des Landes, Chancengleichheit in der Bildungspolitik sichern.

Die finanzielle Kürzungen an den Universitäten und die Abkündigung vieler als Orchideenstudien bezeichneten Studienrichtungen und Institute, durch Mitglieder der Bundesregierung ist weder im Interesse einer freien und breit gefächerten Wissenschaft, noch in deren der Studierenden.

Ich bin der Meinung, dass sich die Situation für Studierende auch gerade wegen den Studiengebühren erheblich verschlechtert hat. Schon als Studierendenvertreter habe ich Studiengebühren als Teil der sozialen Barrieren immer bekämpft und Anfang der sechziger Jahre an der Ausarbeitung des ersten Gesetzes betreffend Rechtsanspruch auf Studienförderung mitgewirkt. Ich war daher tief enttäuscht, als Bildungsministerin Gehrler, obwohl sie vor der Nationalratswahl vom Oktober 1999 öffentlich gegen Studiengebühren eingetreten ist, einige Monate nach der Wahl eine Kehrtwendung vollzogen hat und zur leidenschaftlichen Verfechterin der Studiengebühren wurde.

für Dich hinterfragt...

TU INFO: Stellungnahme zum Universitätsgesetz 2002:

Dr. Ferrero-Waldner:

Ziel müssen Top-Unis sein und Studierende, die sich als Kunden von modernen Dienstleistungsunternehmen verstehen können. Der Weg, den unsere Universitäten auf Basis des Universitätsgesetzes 2002 gehen, ist der Richtige. Mit der Reform wurde ein Meilenstein im Universitätsbereich gesetzt und wesentliche Grundlagen gelegt, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Dieser erfolgreiche Weg der Universitäten ist bereits Vorbild für den europäischen Raum geworden.

TU INFO: Zukünftige Entwicklung und Rolle des Bundespräsidenten:

Dr. Ferrero-Waldner:

Ich sehe meine Aufgabe als Bundespräsidentin auch darin, Österreich den Anschluss an die Wissensgesellschaft zu sichern und die wissenschaftlich hervorragenden Leistungen der vielen hochqualifizierten jungen Menschen in Österreich auch zu transportieren. Meine internationalen Kontakte auch auf wirtschaftlicher Ebene werde ich dafür mit ganzer Kraft nützen, um unseren Studierenden gute Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

TU INFO: Stellungnahme zum Universitätsgesetz 2002:

Dr. Fischer:

Das neue Universitätsgesetz ist in meinen Augen eine späte Revanche gegen die Demokratisierungs- und Emanzipationsbemühungen der siebziger und achtziger Jahre unter der legendären Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg. Es ist darüber hinaus ein Schwächezeichen, wenn man sich vor der Universitätsdemokratie fürchtet.

TU INFO: Zukünftige Entwicklung und Rolle des Bundespräsidenten:

Dr. Fischer:

Wir brauchen an den Universitäten Lösungen, die unter der Mitarbeit aller am Wissenschaftsprozess Beteiligten zustande kommen. Die Lehrenden müssen in ihrer beruflichen Eigenständigkeit gestärkt werden, es muss Zivilcourage gefördert werden und es muss eine kritische und wachsame öffentliche Meinung geben. Ich bin der festen Überzeugung, dass einer/m Bundespräsident/in hier eine wichtige Funktion zukommt und sie/er eine wertvolle gesellschaftliche Verantwortung zu erfüllen hat.

Ich versichere, dass ich mich, so wie bisher, jederzeit auf die Seite einer freien Universität und zum Wohle aller Studentinnen und Studenten einsetzen werde.



Bundespräsidentenwahl 2004

25. April 2004



Mathias Brandstötter
Bildungspolitisches
Referat